

Carl-Ludwig Thiele

(A) Das ist die Wahrheit.

(Zuruf von der SPD: Sie scheinen Gedächtnislücken zu haben!)

Der zentrale Fehler der rot-grünen Steuerreform bestand in der ideologischen Herangehensweise an diese Steuerreform.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben keine Ahnung!)

Noch bei der Verabschiedung des Bundesbankpräsidenten Professor Dr. Tietmeyer im Palmengarten in Frankfurt hat Finanzminister Eichel sinngemäß erklärt: Unternehmen sind gut, Unternehmer sind schlecht. Unternehmen müssen entlastet werden, Unternehmer nicht.

(Horst Schild [SPD]: Das hat Herr Eichel sicher nicht gesagt!)

Diese Politik hat dazu geführt, dass die Körperschaftsteuersätze zum 1. Januar 2001 auf 25 Prozent gesenkt wurden. Hierdurch wurden insbesondere die Aktiengesellschaften, die großen Kapitalgesellschaften, aber auch die GmbHs in unserem Land erheblich entlastet. Der Mittelstand, die Handwerker, die Selbstständigen und auch die weiteren Millionen Lohn- und Einkommensteuer zahlenden Bürgerinnen und Bürger in unserem Land, also auch die Arbeitnehmer, werden erst ab dem Jahr 2005 spürbar entlastet.

Vorher wurden sie durch Rot-Grün aber nochmals finanziell schlechter gestellt, indem zum Beispiel die Abschreibungsbedingungen für alle, auch für die kleinen Unternehmen, verschlechtert wurden – eine Sondersteuer für Investitionen, die ich hier schon mehrfach gebrandmarkt habe.

(B)

Wer meint, dass Arbeitsplätze und vor allem neue Arbeitsplätze in unserem Land ausschließlich von der Großindustrie geschaffen werden, der verkennt die Wirklichkeit in diesem Land und der verdient es auch, am 22. September abgewählt zu werden.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wir brauchen mehr Selbstständige, wir brauchen mehr Handwerker, wir brauchen mehr Mittelständler, die bereit sind, ihr Schicksal, ihre Existenz in die eigene Hand zu nehmen.

(Hans Michelbach [CDU/CSU]: Sehr richtig!)

Jeder dieser Existenzgründer schafft im Schnitt fünf bis zehn Arbeitsplätze. Auf diesem Weg können Hunderttausende von Arbeitsplätzen entstehen, insbesondere dann, wenn diese Personen wieder an die Zukunft glauben und eine Perspektive für sich und für unser Land erkennen. Das brauchen wir!

Die aktuelle Steuerschätzung zeigt, dass insbesondere die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer total eingebrochen sind. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass das Aufkommen der Körperschaftsteuer zu 50 Prozent den Ländern zusteht. Insofern sind die Länder von dem Einbruch bei der Körperschaftsteuer besonders betroffen. Allein das Land Nordrhein-Westfalen hat im letzten Jahr nicht nur keine Körperschaftsteuer eingenommen, son-

dern hatte sogar eine Steuergutschrift zu zahlen, das heißt, aus dem Steueraufkommen musste Geld genommen werden, um die nach dem neuen Steuerrecht berechtigten Ansprüche von Kapitalgesellschaften befriedigen zu können. (C)

Die Steuerpolitik von Rot-Grün und von Finanzminister Eichel führte dazu, dass das Körperschaftsteueraufkommen von fast 24 Milliarden Euro im Jahr 2000 auf eine halbe Milliarde Euro Minus im Jahr 2001 eingebrochen ist. Hierbei handelt es sich nicht nur um einen kompletten Steuerausfall. Die Steuereinnahmen aus der Körperschaftsteuer sind um mehr als 100 Prozent gesunken. Wie konnte dann Finanzminister Eichel Ende letzten Jahres den Ländern vorwerfen, dass sie sich höher neu verschulden, weil sie – angeblich – mehr ausgegeben haben? War es nicht vielmehr so, dass die rot-grüne Koalition ein Steuerrecht verabschiedet hat und eine Steuerrechtsänderung bewirkt hat, zu denen schon die Sachverständigen in der Anhörung erklärt haben, welche Steuerausfälle das zur Folge haben würde? Insofern war das keine Unkenntnis; es war Vorsatz. Es war bekannt, dass diese Folgen eintreten würden. Trotzdem wurde das Steuerrecht genau so beschlossen, um eben Unternehmen und nicht die Unternehmer und nicht die Arbeitnehmer zu entlasten.

(Beifall bei der FDP und der CDU/CSU)

Wer ein solches Steuerrecht beschließt und außerdem Strukturen zementiert, Selbstständigkeit über das Gesetz zur Beschränkung der angeblichen Scheinselbstständigkeit verunglimpft, also Überregulierung betreibt, der darf sich nicht wundern, wenn sämtliche Dynamik aus unserer Volkswirtschaft heraus ist und wir beim Wachstum das Schlusslicht in Europa sind. Das ist die Diskussion. Wir müssen hier mehr Wachstum haben. Wir brauchen ein einfacheres und gerechteres Steuerrecht. Deshalb fordern wir es auch als FDP: niedrig, einfach und gerecht. (D)

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ja!)

Wir fordern, dass auch das Steuerrecht wieder zu einem Recht gestaltet wird und die Verwüstung des Steuerrechts durch Rot-Grün ein Ende hat.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist mit den Ländern und mit den anschließenden Steuerausfällen?)

Wir fordern die Freistellung des Existenzminimums für jeden von 7 500 Euro und einen Stufentarif, wie ihn jedes andere europäische Land hat, von 15 Prozent, 25 Prozent, 35 Prozent.

(Christine Scheel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist gar nicht wahr! Lüge!)

Wir brauchen eine spürbare Entlastung der Steuerbürger in unserem Land.

Vizepräsidentin Petra Bläss: Herr Kollege Thiele, auch Sie muss ich an die Einhaltung der Redezeit erinnern.

Carl-Ludwig Thiele (FDP): Ich bin sofort fertig. – Hierfür kämpfen wir als FDP. Hierfür setzen wir uns ein.